



Christoph Wenaweser (VU) argumentierte, dass mit der Überweisung noch nichts entschieden ist. (Archivfotos: MZ)



Elfried Hasler (FBP) zeigte sich aufgeschlossen, sprach sich aber dagegen aus, neue Sozialsysteme zu schaffen.

# VU-Motion erst einmal auf den Weg geschickt

**Vorsorge** Trotz unterschiedlicher Reaktionen hat der Landtag die VU-Motion zur Stärkung der Familien- und Erziehungsarbeit mit 14 zu 11 Stimmen an die Regierung überwiesen. Auf Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini kommt nun wieder einmal eine schwierige Aufgabe zu.

VON HOLGER FRANKE

Mit ihrem Vorstoss beauftragt die VU-Fraktion die Regierung, ein Gesetz zur Beschlussfassung vorzulegen, das im Rahmen einer eigenständigen Lösung unabhängig der beruflichen Vorsorge, womöglich in Anlehnung an Erziehungsgutschriften im Sinne des Gesetzes über die **Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)**, Lücken in der Alters- und Risikoversorge schliesst, die «nachweislich durch das Erbringen von unbezahlter Familien- und Erziehungsarbeit entstanden ist», wie die Motionäre argumentieren. In Erinnerung an ein Postulat vom November 2017 hält die VU in ihrer Motion nun fest, dass es für sie offensichtlich ist, dass ihr Anliegen berechtigt sei und Personen, die unbezahlte Familien- und Erziehungsarbeit leisten, über eine eigenständige und angemessene Existenzsicherung im Alter und einen ausreichenden Versicherungsschutz bei Todesfall und Invalidität verfügen müssen. «Die Gleichwertigkeit der Familienmodelle und die Wahlfreiheit der Eltern zwischen den verschiedenen Formen der Kinderbetreuung dürfen nicht nur Lippenbekenntnis bleiben», heisst es

in der Motionsbegründung. Wie die Motionäre betonen, werde der Regierung die Stossrichtung im Sinne einer Zielsetzung vorgegeben, es würden ihr aber keine weiteren Vorgaben zur Umsetzung gemacht. «Um das Ziel der Motion zu erreichen, soll die Regierung frei sein in ihrer Lösungsfindung und Gestaltungsfreiheit», heisst es abschliessend.

## Entschieden ist noch gar nichts

«Mittlerweile das vierte Traktandum, das bei Überweisung und bei Annahme einer Gesetzesvorlage zu erweiterten Ausgaben für den Staat führen würde», sagte der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser fast schon ein wenig schuldbewusst, da der gestrige Tag im Landtag bereits einige Griffe in die Staatskasse mit sich gebracht hatte. Mit der Motion wäre aber zuerst noch nichts gewonnen ist, weitere Schritte und Diskussionen würden folgen und folgen müssen, sobald die Regierung dem Landtag einen auf den bisherigen Debatten, dem Postulat und seiner Beantwortung sowie dem vorliegenden Motionstext beruhenden Gesetzesentwurf unterbreitet. «Wir sind es jenen schuldig, welche sich für das Modell Familie als Beruf entschieden haben, obwohl diese Ent-

scheidung unter Verzicht auf Erwerbseinkommen zumeist eine bewusste Entscheidung zugunsten anderer Werte als Geld war. Aber genau diese anderen Werte müssen in unserem Land dringend hochgehalten werden», so Wenaweser.

## Unklarheit über Kostenfolgen

Doch das Geld bewegte auch die Abgeordneten - neben der Frage, was für ein Gesetzesentwurf nun überhaupt entwickelt werden soll. «Ich traue der Regierung viel zu, aber der Regierung zu sagen, dass sie ein Gesetz entwickeln soll, ohne zu sagen in welche Richtung, ist eine Blackbox», sagte FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry. «Eine Blackbox und Cash- und Moneybox. Man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Nur da hängen viele Geldnoten an den Bäumen, das wird Geld kosten», mahnte Fraktionskollege Wendelin Lampert. Elfried Hasler (ebenfalls FBP) sagte: «Ich wüsste als Regierungsrat nicht, was ich machen würde, da ist so ziemlich alles möglich.» Der angesprochene Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zeigte sich am Ende skeptisch: «Ich rate Ihnen, gut zu überlegen, was sie tun. Was wir hier anstellen, kann Fäden ziehen - es wird sehr schwierig werden.»